Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf., für
ganz Preußen 1 Rthlr. 17 sgr.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 167. Sonnabend den 20. Juli. 1850.

Inhalt.

Auf Veranlassung Meiner Verwundung bei dem am 22. Mai d. J. gegen Mich versuchten Mordanfall sind Mir aus allen Theilen der Monarchie sowohl Adressen von Stadt- und Landgemeinden, Korporationen und Vereinen, als Schreiben von Privatpersonen zugegangen. Der Inhalt derselben hat Mir fast ohne Ausnahme theils durch die anerkannte loyale Quelle, theils durch den Ausdruck des lebendigsten Patriotismus und der erfreulichsten Gesinnungen treuer Anhänglichkeit wahrhaft wohlgethan; viele davon haben Mich aufs tiefste ergriffen und gerührt. Indessen macht es die große Anzahl derselben Mir unmöglich, sie im Einzelnen zu beantworten. Um daher Meinen Dank, so gut es eben geht, denen zukommen zu lassen, welche Mir so viel Trost und Freude bereitet haben, beauftrage Ich Sie, den Präsidenten des Staats-Ministeriums, diese Ordre nebst dem beiliegenden Verzeichniß der eingegangenen Adressen durch den Staats-Anzeiger bekannt zu machen.

Sanssouci, den 13. Juli 1850. Friedrich Wilhelm.
Graf von Brandenburg.

Es folgt hiernächst im St.-Anz. die Aufzählung sämmtlicher eingegangener Adressen, nach Provinzen geordnet. Aus dem Großherzogthum werden aufgeführt Adressen von: 1) Appellationsgericht in Posen; 2) Appellationsgericht in Bromberg, gleichzeitig für alle Justiz-Beamten des Bromberger Bezirkes; 3) Staats-Anwaltschaft im Ober-Staats-Anwalt-Bezirk Bromberg; 4) Subaltern-Beamte des Kreisgerichts in Gnesen; 5) Kreis-Lehrer-Verein von Inowraclaw; 6) Magistrat und Stadtverordnete in Posen; 7) die Geistlichen der evangelischen Kirche in Posen; 8) Verein für König und Vaterland in Posen; 9) Magistrat und Stadtverordnete in Bromberg; 10) Magistrat und Stadtverordnete in Fraustadt; 11) Magistrat und Stadtverordnete in Rawicz; 12) Veteranen-Verein in Rawicz; 13) Magistrat zu Gnesen; 14) Magistrat und Stadtverordnete in Lissa; 15) Magistrat zu Meseritz; 16) Magistrat und Stadtverordnete in Inowraclaw; 17) Magistrat und Stadtverordnete in Poln. Krone; 18) Viele Einwohner zu Poln. Krone; 19) Magistrat in Schönlanke; 20) Magistrat und Stadtverordnete in Zduny; 21) Magistrat und Stadtverordnete in Reisen; 22) Magistrat und Stadtverordnete in Zaborowo; 23) die Gemeinden des Polizei-Distrikts Fraustadt; 24) die Gemeinden des Polizei-Distrikts Storchnest; 25) die Gemeinden des Kreises Wirsitz; 26) die Gemeinde Kursdorf, Kreises Fraustadt; 27) die Gemeinde Kranz bei Bomst; 28) Viele Bewohner von Krotoschin; 29) Viele Bewohner von Schroda; 30) Viele Bewohner von Trzemeszno; 31) Viele Bewohner von Powidz; 32) die Grundbesitzer von Betsche, Weidenvorwerk, Tirschtiegel, Ober-Görtzig, Kabelwitz, Lagowitz und Bauschwitz bei Meseritz; 33) Viele Gutsbesitzer und Einwohner des Kreises Gnesen; 34) Viele Bewohner des Kreises Rawicz, 35) Viele Bewohner von Rokitten bei Schwerin a. d. W.; 36) Viele Bewohner von Deutsch-Ostrowo.

Deutschland.

Berlin, den 17. Juli. (St.-Anz.) Es erfolgten in der gestrigen 11ten Sitzung des Fürsten-Kollegiums die beistimmenden Erklärungen zu dem um fernere drei Monat verlängerten Provisorium der Union von: Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt-Deßau und Cöthen, Anhalt-Bernburg, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß älterer Linie, Reuß jüngerer Linie, Waldeck, Lippe-Detmold, Lübeck, Bremen und Hamburg. Von den bisher im Fürsten-Kollegium vertretenen Staaten sind nur noch Nassau und Sachsen-Altenburg mit ihren Erklärungen zurück; dieselben konnten indeß als nahe bevorstehend angekündigt werden.

Da nunmehr an sämmtliche Mitglieder des Fürsten-Kollegiums die Ermächtigung zur Fortsetzung ihrer Funktionen von den Staaten der betreffenden Kurie eingetroffen war, so erklärte der Vorsitzende das provisorische Fürsten-Kollegium für konstituirt, um, nach dem mit dem gestrigen Tage erfolgten Ablauf der ersten zwei Monate, für einen Zeitraum von ferneren drei Monaten die ihm überwiesenen Obliegenheiten und Geschäfte auszuüben.

Die Mittheilung von Anzeigen und Erklärungen einzelner Regierungen über die in der Vorbereitung befindlichen Gesetz-Entwürfe zur weiteren demnächstigen Konstituirung der Union, an welche sich noch eine Besprechung über die Art und Form des Beitritts zu dem Friedensvertrag mit Dänemark schloß, füllte den Rest der Sitzung.

— Heute fand die feierliche Beerdigung der irdischen Hülle des Ober-Konsistorial-Raths und ordentlichen Professors Dr. August Neander statt. Es hatten sich im Trauerhause nach 9 Uhr die höchsten Staatsbeamten, die Notabilitäten der Kunst und Wissenschaft, so wie die zahlreichen Verehrer des Verstorbenen aus allen Ständen, nicht allein von hier, sondern auch von außerhalb, versammelt. Der Hof-Prediger Strauß, der seit 45 Jahren ein Freund des Verewigten gewesen, hielt an dem von seinen tiefgebeugten Schülern mit Palmen und Lorbeern geschmückten Sarge die Leichenrede, welche durch das Lied: „Wie sie so sanft ruhn", von den Studirenden gesungen, geschlossen wurde. Der Leichenzug setzte sich von dem Trauerhause aus durch die Behrenstraße, über den Opernplatz, bei der Universität vorbei, durch die Friedrichsstraße, nach dem vor dem Halleschen Thore belegenen alten Jerusalemer Kirchhofe in Bewegung. Es wurde derselbe durch ein Musik-Corps mit zwei Marschällen an der Spitze eröffnet, es folgte hierauf ein Sängerchor und dann eine Deputation der Studirenden der Universität Halle. Unmittelbar vor dem Sarge trugen zwei Studirende, der eine ein mit Rosen umwundenes Kreuz, der andere eine Bibel und das griechische neue Testament, welches Neander bei allen seinen Arbeiten zur Hand gewesen war. Der Sarg wurde von 36 Studirenden getragen, eine Ehre, die sämmtliche Fakultäten als größte Auszeichnung bei diesem feierlichen Akte für sich in Anspruch genommen hatten. Die Vertreter der Akademieen der Wissenschaften und Künste, die Universität, die Geistlichkeit und der Magistrat der Stadt Berlin, viele Staatsbeamte, Freunde und Verehrer des Verstorbenen, so wie fast sämmtliche Studirende und eine unabsehbare Reihe von Wagen, beschlossen den Zug. Se. Majestät und die anwesenden Prinzen des Königlichen Hauses hatten ihre Equipagen gesandt. Eine Chaine von Marschällen umgab den Zug. Der Sarg wurde von beiden Seiten von Studirenden, welche brennende Wachskerzen trugen, eingeschlossen. Am Grabe wurden die irdischen Ueberreste des hoch verehrten Lehrers von dem Sänger-Chore mit dem Chorale „Jesus meine Zuversicht" empfangen. Der Prediger Dr. Krummacher hielt dem „jüngsten der Kirchenväter" am Grabe eine tief ergreifende Rede. Während vom Sängerchor das „Auferstehn" gesungen wurde, war der Sarg von den Schülern des Verstorbenen ins Grab gesenkt, deren Blicke sich von der Ruhestätte des so allgemein geliebten Lehrers nicht zu trennen vermochten. Der Hofprediger Strauß beendigte die Feier durch ein liturgisches Gebet.

Berlin, den 17. Juli. Fürst Schwarzenberg hat, wie es heißt, dem Geschäftsträger in London aufgegeben, die für Oesterreich offen gehaltene Unterzeichnung des Protokolls wegen der Deutsch-Dänischen Verhältnisse nicht zu vollziehen. — Nach den eigenen Aeußerungen des Finanzministers, Herrn v. Rabe, tritt derselbe nunmehr aus Gesundheitsrücksichten von seiner hohen Stelle in's Privatleben zurück. Der Regierungs-Präsident in Merseburg, Herr v. Witzleben, soll die meiste Aussicht haben, wenn auch wider seinen Willen, zu seinem Nachfolger berufen zu werden. — In der Untersuchung gegen Sefeloge sollen jetzt beide zur Exploration des Gemüthszustandes des Angeklagten mit Abfassung eines Gutachtens beauftragte Sachverständige ihre Arbeiten vollendet haben. Obwohl sowohl der Geheime Medizinal-Rath Casper, als auch der Dr. Martini, Jeder von dem Anderen völlig unabhängig, gearbeitet haben, so sollen doch ihre Beobachtungen über die geistige Verfassung des Sefeloge in allen wesentlichen Beziehungen vollständig übereinstimmen. — In London soll der Lord Palmerston davon benachrichtigt worden sein, daß das Petersburger Cabinet Unterhandlungen mit der Dänischen Regierung wegen Abtretung der Insel Bornholm an Rußland eingeleitet habe. Diese Erwerbung würde jedoch wahrscheinlich, in Berücksichtigung des peinlichen Zustandes der Dänischen Staatskasse, in pekuniärer Beziehung keine wohlfeile, in maritimer Beziehung aber eine für die Russische Schifffahrt und Kriegsmacht sehr erfolgreiche sein. — Man weiß vieleicht bei Ihnen nicht, schreibt man von hier den Hamb. Nachrichten, welchem mitwirkenden Einfluß wir es zu verdanken haben, daß ein für Schleswig-Holstein günstig gestimmter Diplomat (rara avis!) sagen konnte: „Wir sind mit einem blauen Auge davon gekommen!" Man versichert aus bester Quelle, eine hohe Person habe sich jüngst das Buch von Sammer und Droysen vom Anfange bis zum Ende vorlesen lassen. Das Buch verfehlte nicht seinen Eindruck. Daher das Leidliche des Friedens. Denn man wird nicht läugnen, daß er noch schlimmer ausfallen konnte. — Nach den Mittheilungen des Correspondenten bestätigt es sich, daß zu dem Dänischen Friedensverbande nur ein geheimer Artikel gehöre — die combinirte Erbfolgeordnung betreffend. — Ein im Justiz-Ministerium neu ausgearbeiteter Gesetz-Entwurf wegen Aufhebung der aus der Verschiedenheit der Religion und des Standes entspringenden Ehehindernisse, wo solche noch bestehen, ist dem Staats-Ministerium vorgelegt. Dieses Gesetz gründet sich auf die in dem Allerh. Patente vom 5. Dezember 1848 sub Nr. 9 ausgesprochene Verheißung und erscheint auch bei der unbestimmteren und allgemeineren Fassung der Artikel 4 und 12 der Verfassungs-Urkunde, welche die Standesvorrechte aufheben und den Genuß der bürgerlichen Rechte nicht an das religiöse Bekenntniß knüpfen, keineswegs überflüssig. — Gegen die Redaktion der Neuen Preuß. Zeitung ist eine neue Untersuchung wegen des Inhalts eines Artikels der Donnerstags-Nummer derselben eingeleitet. Jener Artikel verlangte, das Ministerium solle die „Maske" abwerfen und „die Verfassung suspendiren."
(Const. Z.)

— An Herrn Bunsen sollen neuerdings von hier aus Instruktionen ergangen sein, die unter vollständigster Billigung seines bisherigen Auftretens den „Garanten des Gesammtstaates Dänemark" gegenüber, ihn zu einem möglichst gemeinsamen Handeln mit dem Oesterreichischen Gesandten auffordern. Oesterreichischer Seits hat man auch hier verlauten lassen, daß man sich ebenfalls jener Londoner Conferenz gegenüber abwehrend verhalten werde. — An Stelle des verstorbenen Generals von Rauch, für welchen der General von Gerlach schon seit längerer Zeit provisorisch den Vortrag im Militärkabinet Sr. Maj. des Königs hatte, ist dieser Herr jetzt definitiv getreten. Neben ihm fungirt der in letzter Zeit mit vertraulichen Missionen beauftragt gewesene Oberst von Manteuffel, ein Vetter des Ministers des Innern. — Im Justiz-Ministerium ist der Entwurf eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister ausgearbeitet worden. Derselbe wird unverzüglich zur Berathung im Staatsministerium gelangen. (Nat. Z.)

Berlin, den 18. Juli. Die „N. Preuß. Ztg." enthält heute an der Spitze ihrer Zeitung folgenden Artikel (mit welchem wir uns in jeder Beziehung einverstanden erklären): An der eben so edel als energisch gehaltenen Adresse der Mitglieder der Stettiner kaufmännischen Korporation an den Handelsminister (welche wir bereits mitgetheilt), hat uns nichts so sehr gefreut, als die wiederholte Hinweisung auf das allgemeine Interesse der Gesammtheit. Kleinliche und beschränkte Geister, welche die Grundsätze des Freihandels nicht begriffen, und die Adresse nicht verstanden haben, werfen es den Stettiner Kaufleuten sogar vor, daß sie nicht ihre Sonderinteressen in den Vordergrund geschoben haben. Den intelligenten Mitgliedern des Handelsstandes unserer wichtigsten Hafenstadt trauen wir es zu, daß sie lieber geschwiegen, als dem Hrn. Handelsminister bei seiner partikularistischen Tendenz die erwünschte Genugthuung gewährt hätten. Wäre er bloß um Erfüllung der Wünsche der Kaufleute Pommerns und Preußens, oder besonders Stettins angegangen worden, so hätte er mit vollem Rechte, wie er wirklich thut, sich auch auf die entgegengesetzten Wünsche der Fabrikanten am Rhein, in Westphalen und Schlesien berufen, und achselzuckend erklären können, daß allen sich entgegen laufenden Anforderungen zu genügen unmöglich sei, — ja, es wäre dann von den Petenten noch mit Dank anzuerkennen gewesen, daß der Minister auch den Kaufleuten und Rhedern der Ostsee-Provinzen einige Palliativ-Begünstigungen, wiederum auf Kosten anderer Betheiligten und der Gesammtheit, zu gewähren sich bereit erklärt. Stettins Kaufleute, mit Ausnahme einiger isolirter Schmeichler des Ministers, haben eine höhere Stellung eingenommen, sie verlangen keine Bevorzugung, sondern nur Freiheit der Bewegung, und nicht deshalb, weil sie ihnen allein, sondern weil sie Allen nützt. — Gerade entgegengesetzt von dem niedrigen Standpunkt, den man ihnen thörichter oder perfider Weise anräth, haben sie jene große, für die jetzt eingeschlagene Handelspolitik vernichtende Auffassung sich bewahrt, mit welcher sie noch zu neuen Opfern sich erbieten, wenn sie zum Besten der Gesammtheit erfordert würden. Das ist das Wesen des Freihandels, und des geistvolleren und edleren Egoismus, worauf er beruht, daß Keiner etwas für sich allein, sondern nur die Theilnahme an der gehobenen Wohlfahrt Aller, und mit der Entfesselung seiner eigenen Kraft, auch die seiner Brüder in Anspruch nimmt, während die entgegengesetzte Methode und der Eigennutz, vermöge dessen der Einzelne Vortheil für sich ausschließlich zum Unheil der Gesammtheit begehrt, ein untrügliches Merkmal der Schutzzöllnerei ist. Die heilsamen Wahrheiten, welche die Theorie der National-Oekonomie unumstößlich beweist, werden nirgends so evident, und mit solcher Zuverlässigkeit praktisch erkannt, als in einem größern Verkehr, und bei der Vermittelung des Austausches zwischen den Bedürfnissen des In- und Auslandes. Die Kaufmannschaft von Stettin war daher wohl berufen zur Anführerschaft in der Bekämpfung der unseligen Handelspolitik, welche, zur alleinigen Bereicherung einiger Fabrikbesitzer, alle Staatsangehörige, in welcher Provinz sie auch wohnen mögen — in gleicher Weise belastet, und daß von den einsichtsvollen Unterzeichnern der Adresse dieser hohe Beruf, in welchem sie ihre Interessen mit denen der Gesammtheit identifiziren, sich die allgemeinen Sympathieen gewinnen, alle Einwendungen abschneiden, und den endlichen Sieg sichern, so vollständig erkannt worden, — das ist es, was den Vaterlandsfreund mit so reiner Genugthuung erfüllt.

— Die „Voss. Ztg." meldet: „Nachdem das Provisorium der Union wieder verlängert worden, ist es der Hauptwunsch der unionistischen Partei, daß das Erfurter Parlament baldmöglichst einberufen werde, indem dadurch die Nachtheile, welche die Sache der Union durch die Verlängerung des Provisoriums erlitten haben könnte, so ziemlich paralysirt würden. Wir hören nun zu unserer großen Freude, daß die baldige Einberufung des Parlaments zu erwarten sein dürfte." — Die „N. Preuß. Ztg." bemerkt hiergegen: „Wir bedauern leider, diese „große Freude" des Hrn. Lessing zu Wasser machen zu müssen. Vollkommen berechtigt, wiederholen wir heute, was wir bereits am Sonnabend sagten: „Unseres Wissens steht die Sache so, daß der Reichstag nie in weitere Ferne gerückt war, als eben jetzt."

— Die „D. Ref.", in ihrer Abendnummer vom 18ten, sagt über denselben Gegenstand: Es kündigen wiederum verschiedene Blätter, unter anderen die heutige Vossische Zeitung, mit ausführlichen Details, die Einberufung der Erfurter Parlaments als nahe bevorstehend an. Diese Nachricht entbehrt jetzt, wie früher, jeder thatsächlichen Grundlage, da zwar die legislativen Vorbereitungen für den künftigen Unionstag ihren ruhigen Fortgang haben, die Einberufung aber in der jüngsten Zeit durchaus nicht in Anregung gekommen ist.

Die „N. Pr. Z." meldet: Wie verlautet, soll der Ober-Staatsanwalt von Sr. Excellenz dem Herrn Justizminister jetzt aufgefordert worden sein, über die Lage der Untersuchung gegen den nunmehr schon im funfzehnten Monat in Haft befindlichen Kaufmann Ohm Bericht zu erstatten. Vielleicht kommt dabei auch die Frage zur Sprache, in wiefern es gestattet ist, einen Angeklagten, wenn die Rathskammer die vom Staatsanwalt erhobene Anklage als unzulässig abgewiesen hat, nicht freizulassen, sondern in Haft zu behalten, um eine andere Anklage zu formuliren.

Berlin, den 18. Juli. Die „Const. Corr." giebt nachfolgende nähere Notizen über die gestrige Sitzung des provisorischen Fürsten-Collegiums. Zunächst wurde die Ernennung des Herrn v. Sydow zum zweiten Preußischen Bevollmächtigten bei dem Collegium angezeigt. Bekanntlich hatte derselbe bisher nur in Vertretung des Herrn v. Radowitz die Berathungen geleitet. Sodann erfolgte die schriftliche Anzeige des Herrn v. Lepel, daß die Großherz. Hessische Regierung

dem Ministerrath Eigenbrodt, sowie die Kurhessische dem Geh. Legations-Rathe Dr Jordan, den Wiedereintritt in das Unionsschiedsgericht zu Erfurt untersagt habe. Diese Anzeige ward dem Verfassungs-Ausschuß zur Begutachtung überwiesen. — Es ist nicht ohne Interesse, daß, wie wir nachträglich erfahren, bevor Preußen sich für eine Verlängerung des Unions-Provisorium aussprach, namentlich die Hansestädte die Nothwendigkeit einer solchen Verlängerung des provisorischen Zustandes hervorhoben und zu diesem Zweck hier thätig gewesen sind.

— Der gegenwärtigen Reise des Ministers von Manteuffel nach Dresden legt man eine politische Bedeutung bei. Sie erfolgte ganz unerwartet am Dienstag Morgen, nachdem Herr v. Manteuffel noch am Abend vorher einer längeren Berathung bei Sr. M. dem König in Sanssouci beigewohnt hatte. Die Hierherkunft eines Sächsischen Ministers soll diese Berathung hauptsächlich veranlaßt haben. — Das neue Würtembergische Ministerium soll bereits hier die angelegentlichsten Wünsche zur Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit Preußen zu erkennen gegeben und zur Erreichung dieses Zweckes nöthige Schritte gethan haben. — Die Spannung zwischen Hannover und Preußen, sagt das Corr.-Büreau, ist neuerdings noch bedeutender geworden. Der Badensche Gesandte hat die Angelegenheit des Badenschen Truppendurchmarsches durch Hannover der Preußischen Regierung überwiesen. Das Preußische Cabinet hat es jedoch für angemessen erachtet, sich dieserhalb in keinerlei Verhandlungen mit Hannover einzulassen, vielmehr eine andere Marschordre für die Truppen vorgeschlagen. Eine Darlegung des Sachverhältnisses Seitens der Hannoverschen Regierung, welche man hierher hat gelangen lassen, ist unberücksichtigt geblieben. Es soll in dieser letzten Darlegung Hannovers gewissermaßen auf die früher von Baden verlangte Mittheilung des Vertrages zwischen dem Großherzogthum und der Krone Preußen verzichtet worden sein. Es ist Preußischer Seits jedoch dem diesseitigen Hannoverschen Gesandten notifizirt worden, daß Preußen, nachdem einmal Hannover derartige Mittheilungen verlangt habe, sich auf gar keine weitere Unterhandlungen einlassen wolle. — Man vernimmt, daß die Mitglieder des s. g. Bundesplenums in Frankfurt in Folge der traurigen Erfahrung, welche sie über die Bedeutung der Versammlung bis jetzt machten, nun den Entschluß gefaßt haben, sich zum engeren Bundesrathe zu konstituiren. Es ist dieserhalb eine Anfrage nach Wien geschehen. — Die Dänische Verwaltung bezeichnet den Frieden mit Deutschland und den Uebergang aus dem Waffenstillstande in die definitive Pacifikation der Herzogthümer, zuvörderst in den ihr zugänglichen nördlichen Landstrichen Schleswigs mit einer direkten Ausweisung der Deutschen, die das Incolat nicht haben. Zweitens mit Nachsicht an die aufgehetzten Proletarier, welche den naturalisirten Deutschen und allen Familien, die nicht fanatisch Dänisch sind, die schwersten Unbilden zufügen, so daß die Zahl der südlich Fliehenden täglich wächst. Drittens werden alle Beamten zur Ausstellung schriftlicher Erklärungen gezwungen, welche den Rechten der Herzogthümer präjudizirlich sind. Die Schweden haben bisher noch ein neutrales Regiment und Ruhe erhalten, aber schon bezeichnen ihren Abzug aus einzelnen Ortschaften blutige Händel zwischen den Parteien. Flensburg erwartet ein gleiches Schicksal. Unmöglich kann die Dänische Regierung darauf rechnen, mit solchem Verfahren, mit Männern wie Tillisch und seinen Vertrauten, sich den schweren Uebergang aus dem bittersten Widerstande des Landes in dessen Gehorsam zu erleichtern. Der blinde Eifer solcher Männer schafft eine moralische Kraft mehr gegen das Dänen-Regiment im Lande und in ganz Deutschland. Und wenn auch, wie wir hören, z. B. in Leipzig jedes Sammeln von privaten Beiträgen für die Herzogthümer bei zehn Thalern Strafe verboten worden, so kann doch Niemand den stillen Abfluß Deutscher Gelder nach Holstein verhindern. Niemand kann ferner die ernstesten Sympathieen für sie hindern, wenn die Berichte von dem Dänischen Verfahren nicht in Kurzem entgegengesetzt lauten. — Es verlautet bereits das Gerücht von den Dänischen Inseln selbst her, daß eine der eigentlich Dänischen Inseln, nämlich Bornholm, der Preis sein solle, für dessen Abtretung, Verpfändung oder Verkauf an Rußland dieses Dänemark seine diplomatische Unterstützung gewährt haben will. Diese 10½ Quadratmeilen große Insel mit den Häfen Rönna, Swanika, Neröe, Hasle, dem Leuchthurm bei Sandwich, den festen Kriegsvorrathshäusern und den 23,000 kräftigen, Dänischen Einwohnern, liegt etwa 6 Meilen von Schweden, nicht allzuweit von Lübeck, den Belten, und wäre eine prachtvoll von Kronstadt her vorgeschobene feste Station und Position, die auch der Russischen Dampfschifffahrt große Dienste leisten und die langen Winter der Newa ein wenig vergüten könnte!

— (D. Ref.) Mehrere öffentliche Blätter und Korrespondenzen stellen die zweitägige Reise nach Sachsen, von welcher der Herr Minister v. Manteuffel gestern zurückgekehrt ist, als im Zusammenhang stehend mit den politischen Ereignissen dar. Die Spen. Z. (s. oben) weist dabei insbesondere auf eine am Abend vor der Abreise bei Sr. Majestät dem König stattgefundene Konferenz hin, welche nach diesem Blatt durch die Herkunft eines Sächsischen Ministers veranlaßt gewesen wäre. Wir geben, um dem Publikum weitere Konjekturen zu ersparen, die bestimmte Versicherung, daß der in Rede stehende Ausflug auch nicht den entferntesten politischen Zweck hatte, daß vielmehr lediglich die Regelung einer dringenden Familienangelegenheit den Herrn Minister nach Sachsen geführt hat.

Breslau, den 17. Juli. Zum Professoren-Kongreß, der im September d. J. in Heidelberg statttfinden soll, wird die hiesige Universität keine Abgeordneten wählen. Es bleibt vielmehr den einzelnen Dozenten überlassen, an dem Kongresse sich zu betheiligen und in ihrem Sinne zu wirken.

Stettin, den 15. Juli. Die Norddeutsche Zeitung schreibt über die Reise des Handelsministers in die Ostseeprovinzen unter andern: Wir wissen keinen Zweck für die Reise des Herrn Handelsministers anzugeben, es sei denn der — „das Mißtrauensvotum der Ostseeprovinzen für die gegenwärtige Handelspolitik in Person in Empfang zu nehmen.“ Und es wird Aufgabe der Ostseeprovinzen sein, diesen Zweck nicht zu vereiteln! Sonst tönten den Ministern Bitten entgegen, diesmal schweigt die Bitte; es würde sich wenig geziemen, den Gegner zu bitten, wo wir das Recht haben, uns gegen Bedrückung durch Schutzzölle zu beschweren!

Von der Niederelbe, den 17. Juli. Obwohl die Schweden schon am 15. Flensburg verlassen hatten, so sind bis gestern Abend doch noch keine Dänen daselbst gewesen, sondern ungefähr eine Stunde jenseits der Stadt geblieben und gedenken heute in dieselbe einzurücken. Da aber auch die Unsrigen diese Absicht hegen, so ist es leicht möglich, daß hier das erste Zusammentreffen stattfindet. Eine Dänische Proklamation soll von den dänisch gesinnten Magistraten und Beamten allenthalben verbreitet werden. Auf Alsen soll der Prinz von Glücksburg zum Kommandanten und Civilgouverneur ernannt sein. Vor Flensburg haben schon seit einigen Tagen die beiden russischen Schraubendampfböte „der Smoley“ und „der Archimedes“ Anker geworfen. Zu der bei der Insel Sylt liegenden Dänischen Korvette, welche wir gestern erwähnten, sind noch 8 — 10 Dänische Kanonenböte zugestoßen. Es scheint also, daß die Insel Sylt den Dänen während des Krieges zur Flottenstation dienen soll. Ein Gleiches beabsichtigen sie mit der Insel Fehmarn an der Ostküste von Südschleswig.

Kiel, den 16. Juli. Wir geben noch nachstehende Einzelheiten über den Ausmarsch der Preußen aus der Stadt Schleswig und das kurz darauf erfolgte Einrücken der Schleswig-Holsteiner: Am 15. um 8 Uhr Morgens zogen die Preußen unter dem ernsten Eindruck der Erinnerung an den 23. April 1848 aus der Stadt. Ihr Blumenschmuck war das Zeichen eines in gegenseitiger Dankbarkeit und Achtung begründeten freundlichen Verhältnisses zu den Zurückbleibenden. General v. Hahn sprach den Einwohnern der Stadt vor der Front seiner aufgestellten Truppen in bewegten Worten das Lebewohl aus. Durch ein tausendfaches Hoch aus dem Volk ward es erwidert. Viele gaben den Abgehenden das Geleite, Andere riefen ihnen das Lebewohl aus den Fenstern nach.

Um 12 Uhr zogen die Schleswig-Holsteinschen Bataillone ein. General Willisen hatte sich Freudenbezeugungen verbeten; man hatte sich deshalb auf das Aushängen von Fahnen in Deutschen und Schleswig-Holsteinschen Farben, und auf die Errichtung einer mit Laub und Blumen geschmückten Ehrenpforte beschränkt. Der kommandirende General nahm mit seinem Stabe das Schloß Gottorp ein. Beseler, Gervinus und Christiansen waren vorher eingetroffen. Probst Boysen war der Armee entgegengeschickt worden, um sie im Namen der Stadt zu begrüßen. Als Willisen in dieselbe einzog, befanden an seiner Seite sich der Herzog von Augustenburg und von der Tann. — Die Obersten v. Wissel und v. Gerhard sind in den schon früher angegebenen Chargen jetzt definitiv angestellt, der Hannoversche Rittmeister v. Bothmer ist Oberstlieutenant der Kavallerie geworden. — Einem Gerücht zufolge wäre Kammerherr v. Tillisch vom König von Dänemark zum Statthalter der Herzogthümer ernannt, ein Gerücht, das eben so viel Glaubwürdigkeit beanspruchen darf, wie das, welches Dänische Friedensboten in Kiel ankommen läßt. Wahrscheinlicher klingt, daß Baron Pechlin die Regierung des Herzogthums Lauenburg übernommen habe.

— Dänische Kriegsschiffe haben zwei kleinere Holsteinische Schiffe aufgebracht. — Unser Hafen, welcher seit einigen Tagen auf Anordnung unserer Behörden für ausgehende Schiffe geschlossen war, ist seit heute Morgen 4 Uhr wieder geöffnet. Dagegen berichtet ein einkommender Schwedischer Schiffer, daß ihm vom Kommandeur des Skjoid bedeutet sei, die Blokade werde morgen beginnen. Die Dänen haben in den Häfen Fühnens, Alsens und des Oestlichen Jütlandes 80 Schiffe zum Transport von Truppen und Armeematerial requirirt; es kamen in diesen Tagen hier Schiffe fremder Nationen mit Dänischen Landesprodukten an, welches sonst nie der Fall ist. Auch sind die Dänen im Besitze von Prahmen, welche zur Debarkirung von Kavallerie eingerichtet sind. Die Russischen Schiffe sind noch vor dem Hafen; heute Morgen sah man indeß nur das Admiralschiff und eine Fregatte, so daß die anderen wohl manövriren. (Berl. N.)

Kiel, den 17. Juli. Der Kommandeur des Skjold hat den neutralen Konsuln die Anzeige von der bevorstehenden Blokade des Hafens gemacht. Die Dänische Armee soll betragen: auf Alsen 10,000 Mann, auf Fühnen 10,000 Mann, in Jütland 25,000 Mann.

Aus Schloß Frederiksborg den 14. Juli ist folgende telegraphische Depesche angelangt: Heute erschien ein Königliches Manifest. In demselben wird die Unterwerfung Schleswigs gefordert, und dann eine allgemeine Amnestie versprochen. Die Bestätigung der Beamten soll erfolgen, nur diejenigen sollen ausgenommen sein, welche der Wiedereintritt der rechtmäßigen Landesherrschaft nothwendig erfordert. Die Deutsche Nationalität Schleswigs wird der Dänischen gleichgestellt. Eine Inkorporation Schleswigs soll nicht stattfinden. Wenn keine von Holstein aus unternommene Feindseligkeit hindernd entgegentritt, soll unverweilt eine Zusammenberufung achtbarer Männer stattfinden. Dieselben sollen aus Holstein, Dänemark und Schleswig berufen werden, und zwar derartig, daß die Zahl der Schleswiger, die der Dänen und Holsteiner übersteigt, während Dänemark und Holstein durch gleiche Zahl vertreten wird. Lauenburger sollen besonders berufen werden. Dem Gutachten dieser Männer soll Rechnung getragen werden, soweit dies mit dem Wohl der Monarchie vereinbar ist.

Unser Correspondent meldet ferner: Pechlin ist noch nicht nach Lauenburg gereist, sondern befindet sich noch in Kopenhagen. Ein Parlamentair soll angeblich in Kiel zur Bewirkung einer dreitägigen Waffenruhe gewesen, aber abgewiesen worden sein.

Mainz, den 16. Juli. Die Badischen Truppen sind hier angelangt.

Dresden, den 15. Juli. Bei dem Schlusse des Einweisungs-Büreaus hatten sich heute — am Tage des von dem Ministerium projektirten Zusammentrittes des sogenannten todten Landtags — für die zweite Kammer nicht mehr als zweiundvierzig Mitglieder gemeldet. Die Anzahl sämmtlicher Mitglieder betrug 75, da nun ⅔ derselben nöthig sind zur Beschlußfähigkeit, so fehlen noch 8 Abgeordnete. Und von den versammelten 42 sind nicht wenige nur in der Absicht gekommen, um zu protestiren.

— Wie ich höre, ist die Leipziger Polizei originell genug gewesen, einen Aufruf des Dr. Dietzmann in der „N. Leipz. Ztg.“ „für Schleswig-Holstein um Geld für Invaliden und Leinwand und Charpie für jene Unglücklichen“ bei 10 Thlr. Strafe zu verbieten! Der Herr Stadtrath, Polizeidirektor Stengel, bezieht sich bei diesem Verbot auf einen §. der Armenordnung, wo es untersagt ist, ohne Erlaubniß Kollekten für Kalamitosen in Folge von Wasserfluthen, Feuersbrünsten u. s. w. zu veranstalten. (Const. Ztg.)

Oesterreich.

Wien, den 14. Juli. Die „Pesther Morgenzeitung“ und der „Magyar Hirlap“ bringen heute nachstehende Erklärung Haynau's. „Die „Oesterreichische Reichszeitung“ versucht mit in Gift getauchter Feder die Gründe zu geben, welche den Ministerrath veranlaßt haben, bei Sr. Majestät auf meine Enthebung von der Stelle des Befehlshabers und Gouverneurs von Ungarn zu dringen. Sie macht mir den schweren Vorwurf, daß ich der Regierung nicht zu gehorchen wußte, daß ich meine Mission nicht begriffen, mir die der Krone zustehenden Prärogative angemaßt, mich mit der größten Willkür benommen, Recht und Gnade ohne die schuldige Rücksicht auf den Thron geübt habe. Indem ich eine solche perfide Verdächtigung meines amtlichen Wirkens auf das Entschiedenste zurückweise, finde ich mich bei dem lauteren Bewußtsein meiner loyalen Gesinnung und im Gefühle der nie verletzten schuldigen Ehrfurcht und des Gehorsams für meinen Monarchen, so wie durch eine funfzigjährige ehrenvolle Dienstleistung bethätigten unverbrüchlichen Pflichttreue für den Thron und den Staat, vor der Welt zu der Erklärung berechtigt und verpflichtet, daß mich in allen meinen Handlungen nur das wohl verstandene Interesse des Staates leitete, und ich das Recht der Gnade, als einen Ausfluß des allerhöchsten Souveränetätsrechtes, nur im Namen Sr. Majestät meines Kaisers und Herrn innerhalb der Grenzen der mir von Allerhöchstdemselben eingeräumten Gewalten nach den strengsten Rechtsgrundgesetzen, Gewissenhaftigkeit, Konsequenz und mit richtiger Auffassung und Würdigung der jedesmaligen Zeitverhältnisse und aller Umstände übte. Diese mir von dem Monarchen für meine inne gehabte Stellung allergnädigst verliehenen außerordentlichen Vollmachten sind mir erst mit dem am 6. Juli erlassenen und mir am 7. zu Händen gekommenen Allerhöchsten Handbillet, womit Se. Majestät mich in Ruhestand zu versetzen geruhten, entzogen worden. Ich kann daher in der Verdächtigung der Ehrenhaftigkeit des Charakters eines Mannes, der, wie ich, die Bestrebungen der Revolution an der Wurzel erfaßte, nichts als einen Versuch erblicken, der Demokratie in die Hände zu arbeiten, und den Bestand der Monarchie, deren ungeschmälerte Erhaltung das Blut so vieler Tausende der treuesten Söhne des Staates kostete, neuerdings in Frage zu stellen. Mit dieser mir durch den Artikel der „Reichszeitung“ abgedrungenen Rechtfertigung erkläre ich zugleich jede weitere Erörterung im Wege der Presse für abgeschlossen und trete nunmehr in das Privatleben, hingestellt von dem Verfasser des Schmähartikels wie ein zweiter Belisar, ohne daß er jedoch die Macht hatte, mich des Augenlichtes zu berauben und ohne daß es ihm — umgeben von der Umsturzpartei — gegönnt wäre, mich im Elende am Bettelstabe von meiner einzigen Tochter geführt zu sehen. Haynau, F.-M.-L.“

Diese Erklärung Haynau's beweist es klar, welche Rolle die Minister der Militairgewalt gegenüber gespielt hatten. Haynau erklärt, daß er seinem Kaiser stets gehorsam war, der Minister wird nicht gedacht; diese existirten nicht für ihn; er sei seinen Rechtsgrundgesetzen, seiner Gewissenhaftigkeit gefolgt. Die Minister waren also durch mehr als ein Jahr willenlose Werkzeuge in den Händen eines Haynau; sie mußten es mit ansehen, daß Haynau in Brescia brennen und plündern, in Arad morden ließ, in dieser Feigheit liegt eine größere moralische Schuld, als wenn sie selbst diese Raub- und Mordscenen angeordnet hätten. Als sie nun endlich den Moment gekommen glaubten, der Macht des Generals, der sie in jedem Moment ignorirte, ein Ende zu machen, ruft ihnen dieser zu, sie wollten den Staat umstürzen, den er mit seinen Getreuen befestigt, wirft ihnen Haynau den „Demokraten“ als Schimpfnamen an den Kopf. Jetzt dürften wohl die Minister die Bedeutung des „zu spät“ erfaßt haben. Hohn von der Militairgewalt, Mißtrauen vom Volke, das ist ihr Lohn, weil sie sich durch mehr als ein Jahr zum Bedienten des Soldatenthums hergaben. Ueber den letzten Theil der Erklärung Haynau's mag ich kein Wort hinzufügen; es ist der Ausdruck des Tobens, aber auch gleichzeitig der Ohnmacht eines Gefallenen.

Die halbamtliche „österreichische Korrespondenz“ schreibt heute, sie könne aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß das Kabinet die gesammte Organisation des zu bildenden neuen Interims, somit auch das alternative Präsidium von der freien Zustimmung aller deutschen Regierungen abhängig machen wollte. Dieser Vorschlag sei es gewesen, welchen Preußen zurückwies.

Wien, den 17. Juli. Csorich ist zum Kriegsminister ernannt und der abgetretene Minister Giulay ist Commandeur des fünften Armeekorps geworden. (Tel. Corr.-B.)

Frankreich.

Paris, den 15. Juli. (Köln. Z.) Die heutige Sitzung der National-Versammlung wird um ein Uhr unter dem Vorsitze Leon Faucher's, Vice-Präsidenten, eröffnet. Das Gesetz über die Gesellschaften zur gegenseitigen Unterstützung unter Arbeitern (dessen Einzelheiten wir bei der zweiten Berathung mitgetheilt haben) wird ohne Debatten in dritter Berathung mit 560 Stimmen gegen eine definiv angenommen. Der Tagesordnung gemäß wird hierauf die Diskussion des Preßgesetzes wieder aufgenommen, zu dem mittlerweile wieder mehrere Amendements eingelaufen sind. Dabeaux schlägt ein Amendement vor, wonach von dem Broschürenstempel bloß die gegenwärtig im Erscheinen begriffenen und die schon früher der Oeffentlichkeit anheim gefallenen Werke ausgenommen sein sollen, das also offenbar zum Zwecke hat, den vorgestern verworfenen Stempel auf alle politischen und nationalökonomischen Schriften unter drei Bogen seiner wesentlichen Bedeutung nach wieder herzustellen. Dabeaux entwickelt hierauf mit kurzen Worten sein Amendement, und erklärt zum Schluß, daß der Ausschuß und die Regierung demselben beistimmen. De Larochejaquelin erhebt sich dagegen und warnt die Versammlung, nachdem sie den Broschürenstempel eben mit einer Majorität von 123 Stimmen verworfen habe, sich nicht wieder, wie sie bei dem ganzen Preßgesetz gethan habe, selbst zu widersprechen und dadurch ihren Feinden neuen Grund zu Angriffen gegen sie zu geben. „Bedenken Sie die Folgen, die eine solche Bestimmung in Bezug auf die politische Lage im Allgemeinen haben kann. Die Regierung wird in zahllosen Broschüren alles verbreiten können, was ihr gefällt und was uns nicht gefällt. Lassen Sie Sich nicht entwaffen im Angesichte einer Gewalt, die Sie von allen Seiten angreift!“ Der Minister des Innern, Baroche, erklärt, die Regierung kenne keine anderen Feinde, als die Feinde der Gesellschaft, und sagt sich von allen Angriffen gegen die National-Versammlung los. (Das Pouvoir! das Pouvoir! auf der Linken.) Das Dabeaux'sche Amendement wird hierauf mit 326 gegen 272 Stimmen angenommen. (Erstaunen und ironisches Lachen auf der Linken.) Ein Amendement von de Riancey zur Belegung des Roman-Feuilletons in den Journalen mit einem Extrastempel von 1 Centime pro Nummer, um diese wuchernde, Religion, Familie und Eigenthum untergrabende Literatur zu unterdrücken, wird nach einer kurzen Debatte, wobei Emil de Girardin diese Maßregel als eine Wiederherstellung der Censur bezeichnet, mit 351 gegen 252 Stimmen angenommen, obschon der Ausschuß seine Beistimmung nicht gegeben hat. Mitten unter der interesselosen Debatte über die letzten Artikel des Preßgesetzes besteigt Baze, einer der Quästoren der National-Versammlung, die Tribune, das Journal „Le Pouvoir“ in der Hand, und sagt mit bewegter Stimme: „Ich schlage der National-Versammlung vor, zum ersten Mal eine verfassungsmäßige Gewalt auszuüben, die in der gegenwärtigen Lage für ihre Würde eine Nothwendigkeit geworden ist. Sie hat genug Angriffe mit Verachtung übergangen, sie könnte es noch thun, ich zweifle nicht daran. Allein was ich ihr vorzulesen habe, übertrifft alles, was bisher geschehen ist.“ (Der Redner lies't hier den Artikel des Pouvoir vor [welchen wir unten ziemlich ausführlich mittheilen]). „An der Bewegung (fährt er fort), die ich bei Ihnen wahrnehme, sehe ich, daß ich Nichts hinzuzufügen habe. Ich beschränke mich also darauf, Ihnen den Vorschlag zu machen, den verantwortlichen Geranten des Journals vor Ihre Schranken zu laden.“ (Große Aufregung.) Der Ju-

stizminister Rouher macht die Versammlung darauf aufmerksam, daß sie entweder, wie vorgeschlagen, den Geranten vor die Schranken laden oder auch der Regierung die Verfolgung desselben befehlen kann. „Wenn der Artikel uns früher bekannt gewesen wäre,“ fährt er fort, „so würden wir bereits eingeschritten sein.“ (Ironisches Lachen auf der Linken.) Emil de Girardin fordert die Opposition auf, dem Prinzip der Freiheit treu zu bleiben und den Antrag des Quästors nicht zu votiren. Der Quästor Baze macht darauf aufmerksam, daß der fragliche Artikel keine Diskussion, sondern eine insolente und absolute Negation der Gewalten der National-Versammlung enthalte, und daß es dabei keine Linke und keine Majorität mehr geben könne. Der Oberst Charras erhebt sich im Namen der Linken gegen die vorgeschlagene Maßregel und fordert die Versammlung auf, dem Lande es zu überlassen, sie gegen die tagtäglich unter dem Patronat der Minister veröffentlichten Beschimpfungen zu rächen. Der Minister des Innern, Baroche, protestirt mit großer Energie gegen letztere Anschuldigung, so wie gegen die Behauptung, daß ein stiller Krieg zwischen der Regierung und der Versammlung existire, und wiederholt die Betheuerungen und Versicherungen des Justizministers. (Er meldet, daß dem „Pouvoir“ bereits der öffentliche Verkauf verboten ist.) Monet, gemäßigter Republikaner, verlangt, daß man die ganze Presse einmal zwinge, die Verfassung, deren Schutzwächterin die Versammlung sei, zu respektiren. — Die Beseitigung der ganzen Angelegenheit durch die einfache Tagesordnung ist vorgeschlagen. Nur die Linke erhebt sich dafür. Nach einer verworrenen Detail-Debatte entscheidet die Versammlung mit bedeutender Majorität, den angeklagten Geranten auf Donnerstag vor ihre Schranken zu laden. — Schluß $6\frac{1}{4}$ Uhr.

Die sonderbaren Schicksale des Preßgesetzes liefern heute den bedeutendsten Organen der Pariser Presse Veranlassung zu den entschiedensten Angriffen gegen die National-Versammlung, die alle mit der an dieselbe gerichteten Aufforderung schließen, sich so bald als möglich zu vertagen, um in den Departements ein neues Gefühl der wahren Bedürfnisse des Landes und neue Entschlüsse zu schöpfen. Das „Pouvoir geht viel weiter und sagt: „Man fragt sich, ob bei der tiefen Desorganisation, worin sich Frankreich befindet, die Ordnung durch eine aller Einsicht in die Politik wie in die Geschäfte entbehrende Versammlung nicht weit mehr gefährdet, als vertheidigt ist, und ob die Versammlung nicht weit eher ein Hinderniß, als eine Garantie ist. Man fragt sich sogar, ob Frankreich, so lange es von den Versammlungen abhängt, zu den Kämpfen, Zerspaltungen und Revolutionen nicht fataler Weise verdammt bleibt. Es ist eine bekannte und auffallende Thatsache, daß im Lande selbst weit mehr Ordnung und Ruhe als in der Versammlung, ist, und daß, wenn die Aufregung, der Kampf, der Ehrgeiz irgendwo unterhalten wird, dies in dem Palast der Gesetzgebung der Fall ist. Man hatte geglaubt, die konstituirende Versammlung hätte bei ihrem Sturze die äußerste Gränze der Mißachtung erreicht, wohin eine deliberirende Körperschaft kommen könnte. Die gegenwärtige Versammlung scheint bestimmt, diese Gränze zu überschreiten. Es ist eine große und feierliche Probe, die in ihr das Repräsentiv-System überhaupt besteht, wenn es sich selbst überlassen bleibt und eines hohen und festen Geistes entbehrt, der fähig ist, es zu leiten, zu zügeln und ihm zu widerstehen. Alles scheint das nahe Ende der National-Versammlung anzukündigen; denn alle ihre Handlungen sind fast eben so viele eingereichte Entlassungen.“

— Das Gerücht von neuen Zerwürfnissen zwischen dem Kriegsminister d'Hautpoul und dem General Changarnier bestätigt sich vollkommen. Die Veranlassung dazu ist folgende. Der Kriegsminister hatte sich an einen unter Changarnier's Befehlen stehenden Obersten direkt gewandt, um gewisse Aufschlüsse über einen Militar zu erhalten, und der Oberst hatte direkt geantwortet. Der General Changarnier, dem dies zu Ohren kam, bestrafte den Obersten wegen dieser Umgehung seiner nächsten Vorgesetzten und erließ obendrein einen Tagesbefehl, worin er seinen Untergebenen geradezu verbot, mit dem Kriegsminister direkt zu korrespondiren. Es heißt, daß Interpellationen über diesen Vorfall an den Kriegsminister gerichtet werden sollen.

Der Präsident der Republik ist gestern Abends 9 Uhr von seiner Reise nach Compiegne zurückgekehrt. — Man schreibt aus Madrid vom 10. Juli: Gerüchte von der Modification des Kabinets sind im Umlauf. Man spricht von dem Rücktritte des Kriegsministers.

Paris, den 16. Juli. (Tel. Dep. d. D. R.) Nachdem ein von Lamoricière unterstütztes Amendement Lasteyrie's zu Artikel 16, welches die gleiche Behandlung aller Journale hinsichtlich der polizeilichen Genehmigung zum Vertheilen und öffentlichen Verkauf bezweckt, mit 336 gegen 263 Stimmen verworfen worden, wird das Preßgesetz (wie bereits gestern gemeldet) angenommen.

Paris, den 17. Juli. Legislative: Die Vertagung vom 11. August bis 11. November ist mit großer Majorität angenommen. Die Budget-Debatte hat begonnen, der Finanzminister schildert die Finanzlage günstig. Die Dotation für die Herzogin von Orleans wurde bewilligt. (Tel. Dep. d. N. Pr. Ztg.)

Großbritannien und Irland.

London, den 13. Juli. (Köln. Z.) Dem „Freeman's Journal“ zufolge sind Lord Palmerston von Seiten der österreichischen Gesandtschaft 3000 Pf. St., der Ertrag einer in Oesterreich zum Besten der irischen Armen in den Zeiten der irischen Hungersnoth eröffneten Subskription, eingehändigt worden.

Dänemark.

Kopenhagen, den 13. Juli. Die Berlingsche Zeitung enthält Folgendes: „Mit Hinsicht auf die Mittheilungen mehrerer Deutschen Blätter über angeblich von Preußischer Seite getroffene Vorbehalte bei Abschluß des Vertrages vom 2. Juli d. J. können wir versichern, daß außer dem Friedensvertrag und den dazu gehörenden Protokollen kein von den Dänischen Bevollmächtigten oder dem Repräsentanten der vermittelnden Macht als Anhang oder nähere Erläuterung entgegengenommenes Aktenstück existirt, und daß dem bei dem Friedensschlusse aufgenommenen Verhandlungsprotokoll eben so wenig irgend ein Vorbehalt beigefügt ist.“

Kopenhagen, den 15. Juli. Als Dänischer Gesandte am Berliner Hofe ist der frühere Gesandte, Graf Plessen, bestimmt, die „Berl. Ztg.“, welche dieses heute meldet, fügt hinzu, daß es sonst nicht üblich wäre, einen Gesandten, der vor dem Kriege mit einer Macht als Gesandter fungirt, nach Abschluß des Friedens wieder dorthin zu beordern; es wird deshalb einstweilen der Kammerherr von Bjelke interimistisch auf diesen Posten abgehen.

Locales 2c.

Posen, den 18. Juli. (Fortsetzung des Berichts über die Stadtverordneten-Sitzung vom 17. d.) Nach den erfolgten Neuwahlen besteht nunmehr die Einkommensteuer-Schätzungs-Kommission aus den Herren Altmann, H. Asch, Baarth, Breslauer, Binder, Fliege, Gerber Günther, Kaatz, Klug, J. Leitgeber, M. Mamroth, Osierski, C. Szymański und Zerpanowicz. — Das Gesuch der beiden Bäcker Kaykowski und Uliszewski um Erlaß der Kosten für Erwerbung des Bürgerrechts gab zu einer längern und interessanten Debatte Anlaß. Es ist nämlich vor längerer Zeit von den Stadtverordneten beschlossen worden, eine Reihe von mehr als 270 Einwohnern Posens, die gesetzlich zur Erwerbung des Bürgerrechts verpflichtet sind, zwinglich dazu heranzuziehen; in einer spätern Sitzung wurde jedoch die Unbilligkeit anerkannt, noch jetzt, unmittelbar vor Einführung der neuen Gemeindeordnung, nach welcher das bisherige Bürger-Verhältniß ganz aufhöre, noch Einwohner zur Zahlung der Bürgerrechtsgelder verpflichten zu wollen. Von den genannten 270 Verpflichteten waren auch nur 11 der obrigkeitlichen Aufforderung nachgekommen, und nun müßte es allerdings unbillig erscheinen, wenn diese 11, zu denen die genannten beiden Bäcker gehören, zur Zahlung der Bürgerrechtsgelder gezwungen würden, während diejenigen, die der Aufforderung des Magistrats nicht Folge leisteten, dieser Zahlung überhoben sein sollten. Hr. v. Crousaz sprach sich dahin aus, daß die Zahlung ganz erlassen werden müsse, weil die neue Gemeinde-Ordnung sanktionirtes Gesetz sei und daher zur Ausführung kommen werde. Hr. Pilaski dagegen meinte, die neue Gemeinde-Ordnung, gegen die sich schon so viele Stimmen erhoben hätten, werde niemals zur Ausführung kommen; es sei daher jedenfalls bedenklich, auf eine so ungewisse Aussicht hin Zahlungsverbindlichkeiten zu erlassen, eine Ansicht, der auch die Herren Knorr und Ordelin beitraten. Hr. Kaatz stellte das Amendement, das Gesuch der Antragsteller unter dem Vorbehalt zu genehmigen, daß die Bürgerrechtsgelder später eingezogen werden sollten, falls bis zu einem näher zu bestimmenden Termine die Einführung der neuen Gemeindeordnung nicht erfolgt sei. Hr. J. Königsberger verlangte für den Augenblick die Zahlung, die für den Fall der Einführung der neuen Gemeindeordnung zum 1. Januar 1851 zurückzuerstatten sei. Hr. Matecki stellte zuletzt noch das Amendement, daß die ganze Angelegenheit der Bürgerrechtsgelder bis zum 1. Januar 1851, wo die Einführung oder Nichteinführung der neuen Gemeindeordnung zur Gewißheit geworden sein müsse, vertagt und die exekutivische Beitreibung derselben gleichfalls bis dahin sistirt werde. Dies Amendement, das zuerst zur Abstimmung kam, wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen. — Hierauf hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die Anstellung von drei neuen städtischen Elementarlehrern. Er wies darauf zurück, daß in einer frühern Sitzung die Anstellung zweier neuer Lehrer zum Beschluß erhoben, inzwischen aber der Lehrer Hebanowski pensionirt worden sei, wodurch die Anstellung eines dritten neuen Lehrers bedingt werde. Er theilte sodann der Versammlung mit, daß zu diesem Behufe eine Konkurrenz ausgeschrieben, daß eine Anzahl von Lehrern sich gemeldet und neun derselben in Gegenwart von Mitgliedern des Magistrats und der Schuldeputation, Probelectionen abgehalten hätten. Mit Rücksicht auf die amtlichen Zeugnisse derselben, so wie auf den Ausfall der Probelectionen haben nun Magistrat und Schuldeputation für die interimistische Anstellung der Lehrer Michalowski aus Wreschen, Gräter aus Eichagóra bei Neutomyśl und Hubert aus Grätz sich erklärt, und werden die Stadtverordneten zur Genehmigung der Wahlen aufgefordert, die denn auch, nachdem die Frage des Hrn. Matecki: ob die Kandidaten der polnischen Sprache mächtig seien? bejaht wurde, einstimmig erfolgte. (Schluß folgt.)

✻ Zerkowo, den 17. Juli. Das ½ Meile von hier liegende Dębno erfreut sich auch in dieser Saison eines zahlreichen Besuchs, weil die Benutzung der dortigen Badeanstalt sich in vielen Krankheiten, namentlich bei rheumatischen Uebeln, als sehr heilsam erwiesen hat. Außer den vielen Badegästen von nah und fern, sind auch noch mehrere Fremde, größtentheils Gutsbesitzer, dort eingetroffen, um daselbst ihre Sommerwohnungen zu nehmen. Dębno, in seiner herrlichen Lage zwischen anmuthigen Hügeln und der Wartha, ist durch seine vielen Kunstanlagen, bestehend in Gärten, Parkanlagen, Fontainen, so wie durch Naturschönheiten zu einem Lustorte geschaffen. Der Besitzer von Dębno, der Herr Graf Stanislaw v. Mycielski, ist aufs Eifrigste bestrebt, nicht nur für die Bequemlichkeit seiner Gäste, sondern auch für deren Unterhaltung Sorge zu tragen. Derselbe hat daher ein Sommertheater errichten lassen, und die Chelchowski'sche Schauspielergesellschaft aus Krakau für einen Cyklus von Vorstellungen engagirt. Am 14. fand die erste derselben statt, zu welcher sich sehr viele Fremde aus Posen, Pleschen, Jarocin, Miloslaw und den andern naheliegenden Ortschaften eingefunden hatten, so daß gegen 400 Personen anwesend waren. Es wurden 2 Lustspiele mit Gesang: „Die Lumpensammlerin aus Pociejewo“ und „Anton und Antonie“ aufgeführt, denen ein trefflich ausgeführter Masurek folgte. Die Dekorationen und Darstellungen in beiden Stücken waren überaus gut; der Gesang in manchen Piecen vortrefflich. Abends fand ein großer Ball statt, der bis gegen 2 Uhr dauerte. Das Publikum kehrte sichtlich befriedigt nach Hause, und freut sich schon im Voraus der noch folgenden Vorstellungen.

Die hiesige Polnische Grenze ist in einem Umkreis von 6 Meilen gänzlich vom Militär entblößt. Dasselbe concentrirt sich jetzt im nördlichen Theile des Königreichs, wohin auch die Getreide-Vorräthe aus dem südlichen Theile geliefert werden. — Unter dem Russischen Heere soll eine furchtbare Blattern-Krankheit grassiren, wodurch dasselbe fast decimirt wird. Aus diesem Grunde wird die Anhäufung des Militärs in den Städten sorgfältig vermieden, und dasselbe auch nach den Dörfern verlegt werden.

— Während aus so vielen Städten unserer Provinz über Unsicherheit der Landstraßen und die sich häufenden Diebstähle laute Klagen erhoben werden, freuen wir uns, berichten zu können, daß hier und in der hiesigen Umgegend ein Diebstahl oder Raubanfall jetzt zu den Seltenheiten gehört. Dies haben wir dem hier stationirten Gensd'arm Herrn Sonnenberg zu verdanken, der durch sein unermüdliches Vigiliren und seine energische Thätigkeit bei Verfolgung der Diebe jede Spur derselben verschwinden machte. Da sich Hr. Sonnenberg hierdurch um das Wohl der Stadt verdient gemacht, so soll in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten ihm ein Dank votirt werden.

χ Bromberg, den 17. Juli. Auch hier ist, wie fast in allen größeren Städten der Preußischen Monarchie, durch die Bemühungen eines der größten jetzt lebenden Naturforscher, nämlich Alexanders von Humboldt, eine meteorologische Station eingerichtet, deren Verwaltung dem Lehrer der Physik am hiesigen Gymnasio übertragen worden ist. Es werden hier daher in dieser Beziehung stets sehr genaue Beobachtungen angestellt, welche in Betreff der letztvergangenen Monate wegen des großen Temperaturwechsels nicht uninteressant sind. Namentlich hat sich der Mai durch einen sehr niedrigen und zugleich sehr hohen Temperaturgrad ausgezeichnet. Wir hatten nämlich in der Nacht vom 2. zum 3. Mai 3 Grad Kälte, und die Temparatur der vorangehenden und nachfolgenden Tage war in den Morgenstunden fast eine ebenso niedrige, während schon gegen die Mitte des Monats 24 Grad Wärme im Schatten beobachtet wurden. Das Barometer schwankte in diesem Monat zwischen 28 Zoll 3 Linien und 27 Zoll 9 Linien. Es wurden 15 völlig heitere, 9 völlig trübe und 7 gemischte Tage beobachtet. Der ganze Monat Juni zeichnete sich dagegen durch einen hohen Wärmegrad aus; nur gegen das Ende des Monats kühlte sich die Temperatur ab, so daß sogar am 27. nach einem starken Gewitterregen das Thermometer bis auf 5 Grad herabsank. Gewitter waren in beiden Monaten sehr häufig, namentlich gewitterte es vom 1. bis zum 6. Juni täglich.

Musterung polnischer Zeitungen.

Der „Goniec“ berichtet in seiner Nummer vom 18. d. M.:

Posen, den 17. Juli. Die polnische Schauspielergesellschaft des Herrn Chełchowski hat Sonnabends Posen verlassen, und geht nach Dębno, wo sie einige Zeit hindurch Vorstellungen geben wird. Hr. Chełchowski soll die Absicht haben, noch dieses Jahr mit seiner Gesellschaft nach Posen zurückzukehren.

Unter der Rubrik „Allerlei“ lesen wir in derselben Nummer des Goniec folgendes Kuriosum:

(Sozial-Kalender.) Ein Korrespondent der Zeitung „l'Independance“ bringt nachstehenden neuen republikanischen Kalender:

Die sozialen Republikaner erachten den republikanischen Kalender vom Jahre 1792 für abgenutzt. Andererseits war es nothwendig, nachdem der Katholizismus abgestorben, und durch den Sozialismus vertreten werden mußte, eine neue Eintheilung des Jahres zu treffen, neue Heilige aufzustellen, neue Feste anzusetzen. Hier das System, das sie angenommen.

Die Namen der Monate und Tage werden beibehalten, aber jeder Monat wird gleichmäßig aus 4 Wochen bestehen. Dieses nöthigte natürlich zur Annahme eines 13. Monats, der „Endmonat“ (final) genannt.

Jeder Monat beginnt stets mit dem Mondtage, und endet immer mit dem Sonntage. Jeder Monat und jeder Tag haben ihre eigene „Weihe“ und ihren eigenen „Schutzheiligen.“ Ueberdies ist das Jahr in drei große „Epochen„ eingetheilt, in welchen ihre besondere Huldigung empfangen: das Alterthum, das Mittelalter und die Vorbereitung zur Neuzeit.

Und so sind der Januar, Februar, März, April und Mai dem Alterthume geweiht, der Juni und Juli dem Mittelalter, der August, September, Oktober, November, Dezember und der Final der Vorbereitung zur Neuzeit.

Der Mondtag ist geheiligt der Ehe; der Dienstag der Brüderlichkeit, der Freitag der Häuslichkeit; der Sonnabend der Gattin oder der Liebe; der Sonntag der Humanität. Der Sozialismus, als Kultus ausschließlicher Humanität, feiert Sonntags, anstatt der Anbetung Gottes, die Anbetung der Menschheit.

Der Monat Januar ist geheiligt der beginnenden Theokratie, und gewidmet dem Moses; an seinen 4 Sonntagen sollen gefeiert werden die Feste des Numa, Budda, Konfucius und Muhamed.

Der Februar ist der alterthümlichen Poesie geheiligt, gewidmet dem Homer; sonntägliche Feier des Aeschylus, Phidias, Plautus, Virgil.

Der März ist geheiligt der alterthümlichen Philosophie, gewidmet dem Aristoteles; sonntägliche Feier: Thales, Pythagoras, Sokrates, Plato.

April, geheiligt der alterthümlichen Wissenschaft, gewidmet dem Archimedes, sonntägliche Feier: Hippokrates, Appollonius, Hipparch, Plinius der Aeltere.

Mai, geheiligt der Militär-Civilisation, gewidmet dem Cäsar; sonntägliche Feier: Themistokles, Alexander, Scipio, Trajan.

Juni, geheiligt dem Katholizismus, gewidmet dem h. Paulus; sonntägliche Feier: der h. Augustin, Hildebrand, der h. Bernhard, Bossuet.

Juli, geheiligt der feudalen Civilisation, gewidmet Karl d. Gr.; sonntägliche Feier: Alfred, Gottfried, Innocenz III., d. h. Ludwig.

August, geheiligt der neueren Industrie, gewidmet dem Gutenberg; sonntägliche Feier: Kolumbus, Vauconse, Watt, Montgolfiere.

Oktober, geheiligt dem neuern Drama, gewidmet dem Shakespeare; sonntägliche Feier: Calderon, Corneille, Molière, Mozart.

November, geheiligt der neuern Philosophie, gewidmet dem Cartesius; sonntägliche Feier: Thomas von Aquino, Kanzler Bako, Leibnitz, Hume.

Dezember, geheiligt der neuern Politik, gewidmet Friedrich d. Gr.; sonntägliche Feier: Ludwig XI., Wilhelm d. Schweigsame, Richelieu, Cromwell.

Final, geheiligt der neuern Wissenschaft, gewidmet dem Bichat(?!); sonntägliche Feier: Gallilei, Newton, Lavoisier, Gall.

Theater.

Heute Abend wird Hr. Dessoir sein Gastspiel mit dem „Hamlet“ beginnen. Wir haben neulich schon darauf aufmerksam gemacht, welche außerordentlichen Genüsse das Publikum von demselben zu erwarten berechtigt ist, können uns aber nicht versagen, hier nochmals auf den hohen künstlerischen Standpunkt, welchen Herr Dessoir unbestritten einnimmt, hinzuweisen. Wir lassen zu diesem Zweck die Worte Rötscher's in der Spen. Ztg. über den genannten Mimen nach Beendigung seiner Debütrollen in Berlin (welche uns zufällig gerade vorliegen), folgen: „Hr. Dessoir darf nach dem überaus glänzenden Erfolge seiner Debüts mit Genugthuung auf dieselben zurückblicken; er hat dem Publikum den Reichthum seiner Gestaltungskraft geöffnet, und ihm die Gewißheit gegeben, daß in dieser Künstlerbrust Schätze ruhn, welche nur der Gelegenheit warten, in verschwenderischer Fülle an das Licht zu treten. D. hat in seinen Debüts die heterogensten Gestalten, die Spitzen der Tragödie und Komödie, mit wunderbarer Festigkeit und Geschlossenheit hingestellt; immer fühlten wir uns einem vollen, ganzen Leben gegenüber. Die Schwingen der wärmsten, lebhaftesten Anerkennung haben den Künstler getragen, der sich das Publikum mit den unwiderstehlichen Waffen reicher Begabung und künstlerischer Bildung erobert hat. Die Kritik hat sich mit Hrn. Dessoir beschäftigt, wie es ihm, einem Künstler ersten Ranges gegenüber, ziemte u. s. w.“ Und mit gleicher oder noch begeisterterer Anerkennung sprechen sich sämmtliche, noch so scrupulöse Kritiker Berlins über Hrn. Dessoir aus. Wir erfahren, daß das Gastspiel desselben bei uns anderweitig eingegangener Verbindlichkeiten halber leider nur auf ein kleines Rollenmaaß beschränkt sein wird, und halten es daher für unsere Pflicht, jedem irgend für wahrhaften Kunstgenuß Empfänglichen dringend an-

uempfehlen, von vornherein den Darstellungen desselben seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, zumal jede der Rollen, in welchen Hr. Dessoir auftreten wird, Dank der genialen Vielseitigkeit des Künstlers, ein ganz eigenthümliches Interesse zu bieten geeignet ist.

Musikalisches.

Das am Mittwoch von der Direktion der Bürgergesellschaft veranstaltete Gartenkonzert unter der Leitung unseres allgemein beliebten Herrn Scholz zeichnete sich sowohl durch treffliche Auswahl der Musikstücke, als auch durch präcise Durchführung derselben aus und fand bei dem gesammten Auditorium die ungetheilteste Anerkennung. Freunde einer gewählten Unterhaltungsmusik möchten schwerlich irgendwo leichter Befriedigung erwarten können, als in diesen Konzerten der Bürgergesellschaft, da sie hier nicht nur eine wohlgeübte, starke Kapelle finden, wie die des Herrn Scholz, sondern stets auch ein Programm, das sogar ein künstlerisches Interesse bietet. Das bewährte Alte verbindet sich mit dem verdienstlichen Neuen und es finden auch diejenigen, welche die Süßigkeiten des Salons lieben, Befriedigung an einem Nachtisch, auf welchem die Polka- und Quadrillen-Schäume aus den besten Fabriken von Strauß, Lanner und Gungl moussiren. Soll auch die Bürgergesellschaft, wie wir vernehmen, zu Michaelis eingehen, so wird doch jedenfalls an ihre Stelle eine andere Gesellschaft, auf ähnlichen Prinzipien basirend, treten, und wir wollen wünschen, daß dieselbe die ohne Zweifel lebenskräftige Einrichtung dieser Konzerte als eine gute Erbschaft übernehmen wird.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 19. Juli.

Hôtel de Bavière: Arzt Laschke aus Obrzycko; Ober-Post-Sekretair Elditt u. Fr. Schröder a. Danzig; Frau Stöher a. Berlin; Probst Polczynski a. Obornik; Gutsb. Wolniewicz a. Dembicz; die Kaufl. Friedländer a. Bromberg u. Gebert a. Berlin.

Bazar: Pächter Teske a. Tarnowo; Student Waligórski a. Berlin; Fr. Gutsb. Gräfin Dąbska a. Kołaczkowo; die Gutsb. Bojanowski a. Małpin u. Moszczeński a. Stępuchowo.

Lauk's Hôtel de Rôme: Die Kaufl. Denzer a. Berlin, Feist a. Mannheim u. Meyer a. Leipzig; Fräulein v. Wiebers a. Züllichau; Kfm. Kirschbaum a. Elberfeld.

Hôtel de Dresde: Königl. Hof-Schauspieler Dessoir a. Berlin; Frau Gutsb. v. Chłapowska a. Bonikowo.

Hôtel de Berlin: Kreis-Richter Gerlach a. Schubin; Seifensiedereibes. Hoch, Kfm. Lentz u. Baum. Hoch a. Graudenz; Inspektor Kellerowski a. Wągrowiec; Oberamtmann Schultz a. Bielewo.

Hôtel à la ville de Rôme: Gutsb. Königsmann a. Rudnik; Bürger Zakowski a. Pudewitz; Kaufm. Fischer a. Goslar.

Hôtel de Paris: Inspektor Meißner a. Dembno; Gutsb. Poluga aus Przyłepki.

Hôtel de Pologne: Kreisger.-Rath Berendt a. Wągrowiec; **Dr. med.** Berendt a. Fürstenwalde; Präbendarius Kegel a. Koźmin.

Weißer Adler: Einwohner Zawadzki aus Warschau; die Kaufl. Kurtzig a. Inowracław u. Gottheil a. Rakwitz.

Zur Krone: Kaufm. Brock a. Gnesen; Inspektor Brutschke a. Cüstrin.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag, den 21. Juli c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Herr Oberpred. Hertwig. — Nachm.: Herr Prediger Friedrich.
Ev. Petrikirche. Vm.: Herr Cons.-Rath Dr Siedler.
Garnisonkirche. Vm.: Herr Div.-Pred. Bork.
Christkathol. Gem. Vm u. Nachm.: Herr Pred. Post.
Ev. luther. Gem.: Vm. u Nm.; Herr Pastor Böhringer.

In den Parochieen der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 12. bis 18. Juli 1850:

Geboren: 6 männl., 6 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 7 männl., 4 weibl. Geschlechts.
Getraut: 6 Paar.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Berliner Börse und Getreide-Markt vom 18. Juli 1850.

Wechsel-Course.

			Brief.	Geld.
Amsterdam	250 Fl.	Kurz	$141\frac{3}{8}$	$141\frac{1}{8}$
do.	250 Fl.	2 Mt.	—	$140\frac{5}{8}$
Hamburg	300 Mk.	Kurz	—	$150\frac{3}{8}$
do.	300 Mk.	2 Mt.	—	$149\frac{1}{2}$
London	1 Lst.	3 Mt.	$6\ 24\frac{1}{8}$	$6\ 23\frac{7}{8}$
Paris	300 Fr.	2 Mt.	—	$80\frac{1}{12}$
Wien in 20 Xr.	150 Fl.	2 Mt.	$87\frac{1}{8}$	$86\frac{7}{8}$
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	$101\frac{7}{8}$	$101\frac{5}{8}$
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	—	$99\frac{1}{4}$
Leipzig in Courant im 14 Thlr. Fuss	100 Thlr.	8 Tage	$99\frac{5}{6}$	—
		2 Mt.	$99\frac{1}{3}$	$99\frac{1}{6}$
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56 20	56 16
Petersburg	100 SRbl.	3 Wochen	$107\frac{5}{8}$	—

Inländische Fonds, Pfandbrief- und Geld-Course.

	Zf	Brief.	Geld.	Gem.		Zf	Brief.	Geld.	Gem
Preuss. Freiw. Anl.	5	$107\frac{1}{4}$	—		Pomm. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{4}$	$95\frac{1}{4}$	
St. Schuld-Scheine	$3\frac{1}{2}$	$86\frac{5}{8}$	$86\frac{1}{8}$		Kur- u. Nm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{4}$	$95\frac{3}{4}$	
Seeh.-Präm.-Sch.	—	—	$105\frac{7}{8}$		Schlesische do.	$3\frac{1}{2}$	—	$95\frac{1}{2}$	
K. u. Nm. Schuldv.	$3\frac{1}{2}$	—	$83\frac{1}{4}$		do. Lt. B. gar. do	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	$104\frac{3}{4}$	—		Pr. Bk.-Anth. Sch.	—	99	98	
do. do. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—						
Westpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{3}{4}$	$90\frac{1}{4}$						
Grossh. Posen do.	4	—	$100\frac{1}{2}$		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{2}$		And. Goldm. à 5 Th.	—	$12\frac{1}{8}$	$11\frac{5}{8}$	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	—	—		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

	Zf	Brief.	Geld.		Zf	Brief.	Geld.
Russ. Stiegl. 2. 4. A.	4	$93\frac{1}{4}$	$92\frac{3}{4}$	Poln. Pfdbr. a. a. C.	4	$96\frac{1}{4}$	$95\frac{3}{4}$
do. v. Rothsch. Lst.	5	$110\frac{1}{2}$	110	do. neue Pfdbr.	4	96	$95\frac{1}{2}$
do. Engl. Anleihe	$4\frac{1}{2}$	$97\frac{1}{2}$	97	do. Part. 500 Fl.	4	81	$80\frac{1}{2}$
do. Poln. Schatz-O.	4	$81\frac{1}{8}$	$80\frac{5}{8}$	do. do. 300 Fl.	—	—	132
do. do. Cert. L. A.	5	$94\frac{7}{8}$	$94\frac{3}{8}$				

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien. Der Reinertrag wird nach erfolgter Bekanntmachung in der dazu bestimmten Rubrik ausgefüllt. Die mit $3\frac{1}{2}$ pCt. bez. Actien sind vom Staat garantirt.	Börsen-Zins-Rechn.	Rein-Ertrag 1849.	Tages-Cours.	Prioritäts-Actien. Sämmtliche Prioritäts-Actien werden durch jährliche Verloosung à 1 pro Cent amortisirt.	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	4	$91\frac{1}{4}$ à 91 bz. u. B.	Berl. Anhalt	4	$95\frac{1}{4}$ bz.
do. Hamburg	4	$4\frac{1}{2}$	$86\frac{1}{2}$ à $\frac{3}{4}$ bz.	do. Hamburg	$4\frac{1}{2}$	101 G.
do. Stettin-Starg.	4	$5\frac{1}{5}$	$105\frac{1}{2}$ bz. u. G.	do. II. Serie	$4\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{2}$ G.
do. Potsd.-Magd.	4	$1\frac{3}{4}$	$63\frac{1}{4}$ bz.	do. Potsd. Magd.	4	93 B.
Magd.-Halberstadt	4	8	138 B.	do. do	5	102 G.
do. Leipziger	4	$12\frac{1}{2}$	—	do. do. Litt. D.	5	$101\frac{1}{4}$ G.
Halle-Thüringer	4	2	65 B.	do. Stettiner	5	$105\frac{1}{2}$ G.
Cöln-Minden	$3\frac{1}{2}$	—	$96\frac{1}{2}$ bz. u. G.	Magdeb.-Leipziger	4	$99\frac{1}{2}$ G.
do. Aachen	4	1	42 B.	Halle-Thüringer	$4\frac{1}{2}$	99 bz.
Bonn-Cöln	5	—	—	Cöln-Minden	$4\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{2}$ B.
Düsseld. Elberfeld	5	$4\frac{1}{2}$	80 B. $79\frac{3}{4}$ G.	do. do.	5	$103\frac{3}{8}$ bz. u. B.
Niederschl.-Märk.	$3\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$	$83\frac{3}{8}$ bz. u. B.	Rhein. v. Staat gar.	$3\frac{1}{2}$	—
do. Zweigbahn	4	—	—	do. I. Priorität	4	89 G.
Oberschl. Lit. A.	$3\frac{1}{2}$	$5\frac{7}{12}$	$106\frac{3}{4}$ G.	do. Stamm-Prior.	4	$75\frac{1}{2}$ G.
do. Lit. B.	$3\frac{1}{2}$	$5\frac{7}{12}$	104 G.	Düsseld. Elberfeld	4	90 G.
Cosel-Oderberg	4	$3\frac{1}{2}$	73 G.	Niederschl.-Märk.	4	95 G.
Breslau-Freiburg	4	—	$73\frac{1}{2}$ G.	do. do.	5	$104\frac{3}{8}$ bz.
Krakau-Oberschl.	4	5	$69\frac{1}{2}$ bz. u. G.	do. III. Serie	5	103 B.
Berg-Märk.	4	—	$41\frac{1}{2}$ B.	do. Zweigbahn	$4\frac{1}{3}$	—
Stargard-Posen	$3\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$	83 bz.	Magdeb.-Wittenb.	5	$99\frac{3}{4}$ B.
Brieg-Neisse	4	—	—	Oberschlesische	$3\frac{1}{2}$	—
Magd.-Wittenb.	4	—	58 bz. u. G.	Krakau-Oberschl.	4	—
				Cosel-Oderberg	5	101 G.
Ausländische Actien.				Breslau-Freiburg	4	—
Friedr. Wilh. Nrdb.	4	—	$41\frac{1}{4}$ à $\frac{5}{8}$ bz.	Bergisch-Märk.	5	100 bz.
do. do. Prior.	5	—	$98\frac{1}{4}$ B.			

Schluss-Course von Cöln-Minden $96\frac{1}{2}$ G. Preuss. Bank-Anth. $98\frac{1}{4}$ à $\frac{3}{4}$ bez. u. B.

BERLIN, 18. Juli.

Weizen nach Qualité 52 — 55 Rthlr.
Roggen loco 28 — 30 Rthlr.
— p. Juli 28 u. $28\frac{3}{4}$ Rthlr. bz., $28\frac{1}{4}$ Br., 28 G.
— p. Juli/August do.
— p. Sept./Oktober 29 u. $29\frac{1}{4}$ Rthlr. bez., $29\frac{1}{4}$ Br., 29 G.
Gerste, grosse, loco 22 — 24 Rthlr.
— kleine 19 — 20 Rthlr.
Hafer, loco nach Qualité, 16 — 18 Rthlr.
Erbsen 29 — 36 Rthlr.
Rüböl loco p. comptant ohne Decort $11\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $11\frac{1}{6}$ G.
— Juli do.
— Juli/August do.
— August/Septbr. $11\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $11\frac{1}{8}$ G.
— Septbr./Oktbr. $11\frac{1}{12}$ u. $\frac{1}{8}$ Rthlr. bez., $11\frac{1}{4}$ Br., $11\frac{1}{6}$ G.
— Oktober/November $11\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $11\frac{1}{6}$ G.
Spiritus loco ohne Fass $14\frac{3}{4}$ Rthlr. bez.
— mit Fass pr. Juli $14\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{4}$ bz. u. G.
— pr. Juli/August do.
— August/Septbr. $14\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{4}$ G.
— Septbr./Oktbr. $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{3}$ G.
— Frühjahr 1851 $14\frac{5}{6}$ Rthlr. bez. u. G., $14\frac{7}{8}$ Br.

Posener Markt-Bericht vom 19. Juli.

		Thl.	Sgr.	Pf		Thl.	Sgr.	Pf.
Weizen, d. Schfl. z. 16 Mtz.,		1	23	4	bis	2	2	3
Roggen	dito	1	1	1	bis	1	5	7
Gerste	dito	—	22	3	bis	—	26	8
Hafer	dito	—	15	7	bis	—	17	9
Buchweizen	dito	—	22	3	bis	—	26	8
Erbsen	dito	—	—	—	bis	1	10	—
Kartoffeln	dito	—	13	4	bis	—	15	7
Heu, d. Ctr. z. 110 Pfd.,		—	20	—	bis	—	25	—
Stroh, d. Sch. z. 1200 Pfd.,		4	—	—	bis	5	—	—
Butter, ein Fass zu 8 Pfd.,		1	7	6	bis	1	12	6

Marktpreis für Spiritus vom 19. Juli. (Nicht amtlich.) Pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles $12\frac{2}{3}$ Rthlr.